

Ausschuss für Inneres und Sport

(67. - öffentliche - Sitzung am 5. Dezember 2019)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zum Dritten Glücksspieländerungsstaatsvertrag**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/4571](#)

Der - federführende - Ausschuss schloss die Beratung ab. Vorbehaltlich der Zustimmung der - mitberatenden - Ausschüsse für Rechts- und Verfassungsfragen sowie für Haushalt und Finanzen empfahl er dem Landtag, den Gesetzentwurf mit Änderungen (Vorlage 4 in der in der Sitzung beschlossenen Fassung) anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, AfD

Ablehnung: FDP

Enthaltung: GRÜNE

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Karsten Becker (SPD)

2. **Entwurf eines Gesetzes über das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz (Niedersächsisches Verfassungsschutzänderungsgesetz)**

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 18/4821](#)

Der - federführende - Ausschuss lehnte den Antrag des Vertreters der AfD auf eine Unterrichtung mit den Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen von SPD, CDU und Grünen und bei Enthaltung des Vertreters der Fraktion der FDP ab. Er schloss die Beratung ab und empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

3. **Mit dem Rad zur Arbeit: Dienstfahrräder auch für den öffentlichen Dienst in Niedersachsen!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/4448](#)

Der Ausschuss setzte die Mitberatung fort. Er nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er nahm in Aussicht, das Thema zu gegebener Zeit wieder aufzugreifen.

4. **Bürokratiearme Zulassung von Schalldämpfern**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/2568](#)

Der Ausschuss beschloss einstimmig, die Mitberatung zurückzustellen, bis die Beratungen über den mittlerweile vorliegenden Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Waffenrechtes beendet sind.

5. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/4852](#)

Der - federführende - Ausschuss schloss die Beratung ab. Vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen empfahl er dem Landtag, den Gesetzentwurf mit Änderungen (Vorlage 8 in der in der Sitzung beschlossenen Fassung) anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE, FDP

Enthaltung: AfD

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Uwe Schünemann (CDU)